Nie wieder kriegstüchtig!

Nein zu Hochrüstung, Sozialabbau, Militarisierung und Wehrpflicht

Kriege beenden– Diplomatie statt Eskalation!

Am 1. September 1939 begann Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Friedensbewegung und Gewerkschaften erinnern an diesem Gedenktag an den furchtbaren Krieg und an die in ganz Europa begangenen Verbrechen des deutschen Faschismus. 87 Jahre danach, ist es dringender denn je, an die daraus folgende besondere Verantwortung Deutschlands für den Frieden zu erinnern und sich gegen den aktuellen Hochrüstungskurs und das Streben nach „Kriegstüchtigkeit“ zu stellen.

Die Ausweitung des Ukrainekrieges, Hochrüstung, Mittelstreckenwaffen, Ausbau der Atomwaffenarsenale … – die Gefahr eines großen Krieges in Europa, sogar eines Atomkrieges, wird immer größer. Die Regierenden wollen Deutschland kriegstüchtig und zur Führungsmacht in Europa machen.

Die Bundeswehr soll dazu zur größten Armee Europas hochgerüstet und die Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Auch Gesundheitswesen und Infrastruktur werden auf Krieg getrimmt, Meinungsfreiheit und demokratische Rechte eingeschränkt.

Kanonen statt Butter

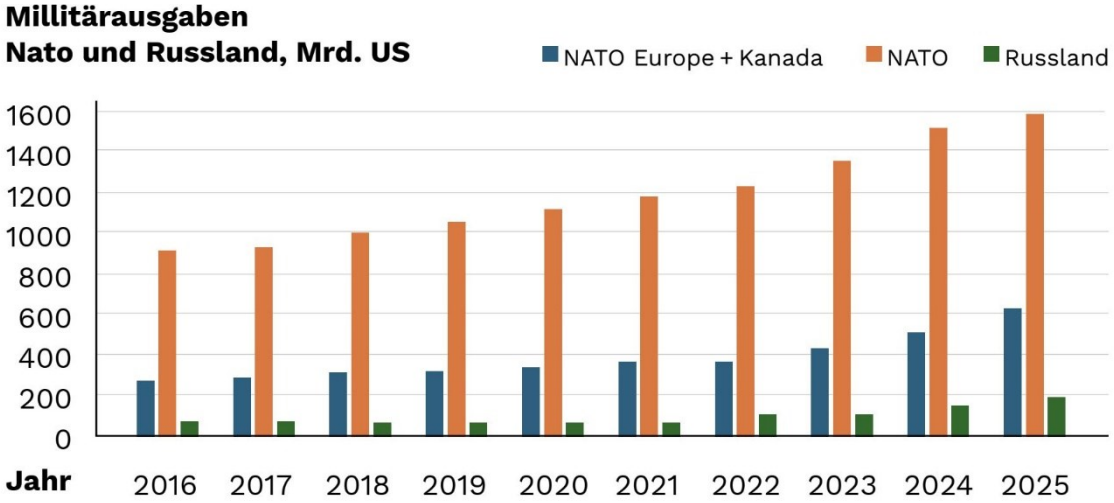
Der Militäretat wurde bereits von 34,7 im Jahr 2014 auf aktuell 123 Mrd. EUR hochgetrieben. Das ist mehr als dreimal so viel, wie für Gesundheit, Bildung und Umwelt zusammen. Bis 2030 sollen die Militärausgaben auf 183 Mrd. Euro steigen. Das wäre das Fünffache von 2014 und fast ein Drittel der Gesamtausgaben des Bundes.

Bezahlen sollen wir das – mit höheren Steuern, Sozialabbau und schlechteren öffentlichen Leistungen. Schon jetzt fehlen Milliarden bei Krankenhäusern, Pflege, Schulen, Hochschulen und Kitas, Jugend und Kultur, Umweltschutz und Verkehr. Wir sollen länger arbeiten und die Renten noch niedriger werden. Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen tragen zu Preissteigerungen und Arbeitsplatzverlusten bei.

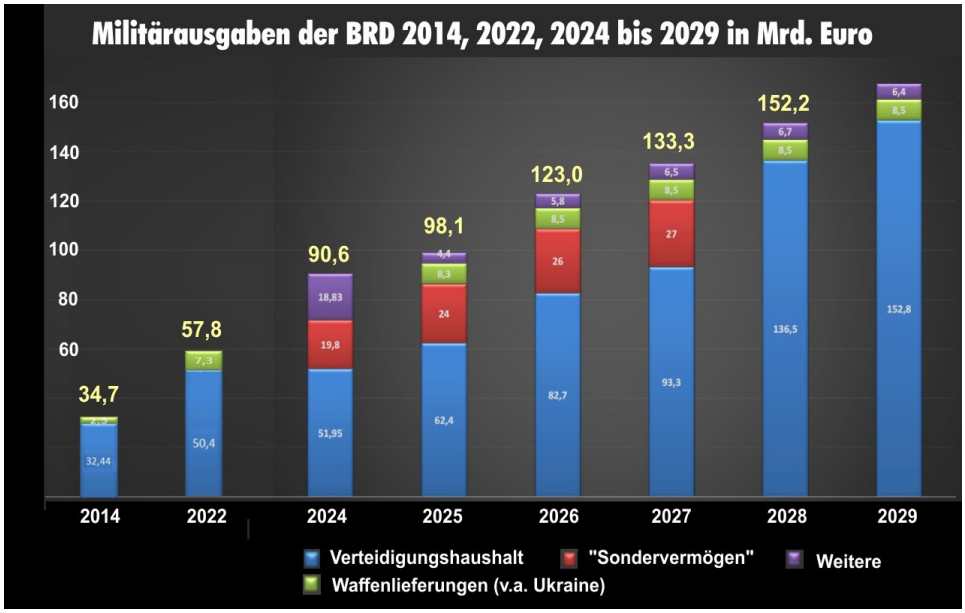
Auch 87 Jahre nach Entfesselung des verheerendsten Krieges in der Geschichte, sehen selbst die europäischen Verbündeten die Hochrüstung Deutschlands zur führenden Militärmacht mit zunehmender Sorge,

Wer bedroht wen?

Begründet wird die irrwitzige Hochrüstung mit einer Bedrohung durch Russland. Doch selbst die US-Geheimdienste gehen davon aus, dass Russland weder die Absicht noch die Fähigkeiten hat, NATO-



Staaten anzugreifen. Auch ohne die USA sind die europäischen NATO-Staaten Russland militärisch bei den konventionellen Waffen weit überlegen und geben mehr als dreimal so viel für Rüstung aus.



Während die Bundesregierung den Völkerrechtsbruch Russlands anprangert, unterstützt sie die USA und Israel bei ihren völkerrechtswidrigen Kriegen gegen den Iran, Libanon und andere Länder: durch politische Schützenhilfe, Waffenlieferungen und durch die Genehmigung, US-Militärbasen in Deutschland (z.B. in Ramstein) zu nutzen. Sie tut nichts gegen die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels in Palästina und den von UN-Experten und Menschenrechtsorganisationen als Völkermord gewerteten Krieg im Gaza-Streifen.

Durch ihr Schweigen und Nichtstun akzeptiert sie die Fortführung der seit über 65 Jahren andauernden Blockade gegen Kuba sowie die Androhung einer militärischen Intervention. Diese Doppelstandards untergraben das Völkerrecht.

Statt sich um Friedenslösungen zu bemühen, eskalieren und verlängern Berlin und seine Verbündeten mit ihrer Militärhilfe den Krieg in der Ukraine und das Leiden der Menschen. Deutschland wird zunehmend zur Kriegspartei.

Unterstützt und geschützt werden müssen diejenigen, die sich dem Krieg verweigern und vor ihm fliehen. Bekämpft werden müssen die Ursachen von Krieg und Flucht. Kriege und Hochrüstung zerstören Lebensgrundlagen und sind mit Umwelt- und Klimaschutz nicht vereinbar.

Wir sagen NEIN zu allen Kriegen. Wir lehnen die Militarisierung unserer Gesellschaft und die Einschränkung demokratischer Rechte ab. Wir stellen uns gegen die Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter die Kriegstüchtigkeit.

Wir brauchen Abrüstung, neue Abkommen zur internationalen Rüstungskontrolle, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und eine gemeinsame Friedensordnung in Europa unter Einschluss Russlands.

In Erinnerung an die deutsche Verantwortung aus dem Zweiten Weltkrieg fordern wir:

- Schluss mit Hochrüstung, Kriegswirtschaft und Sozialabbau!
- Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. – Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer.
- Stopp aller Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen!
- Achtung des Völkerrechts, Engagement für Waffenruhen und Verhandlungen in den Kriegen in der Ukraine, am Persischen Golf und in Palästina!
- Schließung aller US-Militärstützpunkte in Deutschland und Abzug der US-Atomwaffen!
- Die Bekämpfung von Fluchtursachen statt der bei uns Zuflucht suchenden Menschen.

Friedensbündnis Heidelberg *(HD Forum gegen Militarismus und Krieg, HD Friedensratschlag, DFG/VK HD die Bunte Linke, DIE LINKE HD, DKP HD, Linksjugend ['solid] HD u. VVN/BdA HD), Verdi Erwerbslosen Rhein Neckar, die Montagsdemo HD und Üsoligenial HD Rhein-Neckar e.V.*

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!

KUNDGEBUNG: 1. SEPT. 2026
18.00 UHR | ANATOMIEGARTEN, HEIDELBERG

Infos und Kontakt • www.friedensbuendnis-heidelberg.de